

## **Protest an das Bundesministerium des Innern wegen der Visa-Verweigerung für irakische Gewerkschafter**

**Berlin, 12.11.2005**

Am 21. 10. 2005 sollte in Berlin eine dreiwöchige Veranstaltungstour mit zwei Vertretern einer unabhängigen irakischen Gewerkschaft beginnen. Hierzu hatte die Initiativgruppe Dialog mit irakischen GewerkschafterInnen Frau Boshrah A. Abbood und Herr Taha A. Ibraheem Breshdi aus Basra eingeladen, die von mehr als 100 Gruppen und Initiativen unterstützt wird. Die Gewerkschafter wollten auf ihrer Reise quer durch Deutschland in 12 Städten über die Lebensbedingungen und die politische Situation im Süden Iraks, sowie über die Arbeitsbedingungen in der Ölindustrie berichten. Während der Reise sollte auch ein Dialog zwischen irakischen und deutschen Gewerkschaftern, Globalisierungskritikern und Friedensaktivisten eingeleitet und längerfristige Kontakte geknüpft werden. Überraschend wurde ihnen kurzfristig und ohne Angabe erkennbarer Gründe die Einreise verweigert.

Nachfragen ergaben, dass von Seiten des Auswärtigen Amtes keine Einwände gegen die Einreise erhoben wurden. Erst als gerichtliche Schritte eingeleitet wurden, um die Einreisebewilligung durchzusetzen, teilte die deutsche Botschaft in Bagdad mit, die Visa wären aufgrund von Bedenken deutscher Sicherheitsbehörden verweigert worden. Aus Datenschutzgründen könne man diese aber nicht weitergeben. Eberhard Schultz, der Anwalt der Initiativgruppe, hat gegen diese Entscheidung eine Klage eingereicht. Der Vorsitzende der Gewerkschaft GUOE konnte im Frühjahr problemlos an einer Rundreise irakischer Gewerkschafter durch die USA und an mehreren Veranstaltungen in London teilnehmen, warum soll das in Deutschland nicht möglich sein.

Diese Verweigerung einer Informationsreise kann nicht hingenommen werden. Deshalb setzen sich inzwischen auch Parlamentarier wie Ulla Jelpke, Norman Paech, Heike Hänsel (Linkspartei), Tobias Pflüger (parteilos, MdEP) und Christian Ströbele (Grüne) für die Einreise der irakischen Gewerkschafter ein.

Frau Abbood und Herr Breshdi sind Mitglieder der Allgemeinen Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor GUOE, einem Zusammenschluss von Gewerkschaften der Energieunternehmen im Süden Iraks. In Arbeitskämpfen konnten diese bereits substantielle Verbesserungen der Löhne und der Arbeitsbedingungen durchsetzen. Heute sind über 23.000 Beschäftigte der Ölindustrie in der GUOE organisiert. Die GUOE ist parteipolitisch und weltanschaulich neutral. Sie wendet sich aber entschieden gegen die US-amerikanische Besatzung und die wirtschaftlichen Pläne Washingtons. So konnte in einer Reihe von staatlichen Unternehmen die Übernahme der Kontrolle durch US-

amerikanische Firmen verhindert werden. Die Gewerkschaft ist damit eine für die Besatzungsmacht wahrscheinlich unbequeme Organisation. Ihre Vertreter stellen aber deshalb noch lange kein Sicherheitsrisiko für die BRD dar.

Doch die Öl-Gewerkschafter befinden sich im Einklang mit internationalem Recht. Die Besatzung ist das Ergebnis eines völkerrechtswidrigen Angriffkrieges und somit illegal. Daran kann auch die Billigung der Besatzungstruppen durch irakische Regierungen nichts ändern. Hingegen ist Widerstand gegen Besatzung und Fremdherrschaft nach geltendem Völkerrecht legitim. Ausgenommen davon sind – ganz selbstverständlich – Anschläge auf die Zivilbevölkerung, Entführungen etc.. Wie alle oppositionellen Gruppen hat die GUOE diese stets als Terror öffentlich verurteilt.

Die GUOE ist eine zivile Organisation, die sich ausschließlich mit gewerkschaftlichen Mitteln für ihre Ziele einsetzt. Ihr Ziel ist, eine neue Demokratie aufzubauen – eine, die die Interessen der irakischen Bevölkerung vertritt. Die Gewerkschafter könnten vor allem aufzeigen, dass die Alternativen im Irak keineswegs zwischen langandauernder Besatzung durch fremde Truppen auf der einen und der Gewalt des Terrors, Chaos und Bürgerkrieg auf der anderen Seite bestehen. Sie könnten vermitteln, dass es eine politische, von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützte Opposition gegen die Besatzung gibt, die Ansprechpartnerin für die Friedensbewegung in Deutschland und in anderen westlichen Ländern ist.

Wir fordern das Innenministerium auf, die so genannten Sicherheitsbedenken zu beenden und das Visum für die irakischen Gewerkschafter zu ermöglichen.

Teilnehmer der Konferenz: Irak: Krieg, Besatzung, Widerstand  
Initiative zum Dialog mit irakischen Gewerkschaftern